



Bundesregierung unterstützt WBGU-Forderung nach besonderem Schutz der Meere

Bundesregierung unterstützt WBGU-Forderung nach besonderem Schutz der Meere
Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltveränderungen übergibt neues Gutachten
Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) zum Schutz der Meere. In ihrem diesjährigen Gutachten "Welt im Wandel - Menschheitserbe Meer" schlagen die Wissenschaftler vor, alle Meereszonen mit Ausnahme der Küstenmeere zum gemeinsamen Erbe der Menschheit zu erklären. Eine neue Organisation soll die Verantwortung für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Gewässer übernehmen. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Katherina Reiche, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Thomas Rachel, nahmen das Gutachten heute entgegen.
Reiche und Rachel unterstützen die Impulse für einen nachhaltigen Umgang mit den Meeren ausdrücklich. "Die Meere sind ein unermesslicher Schatz für die Menschheit. Ihre biologische Vielfalt und ihre Klimafunktion sind für uns lebensnotwendig", betonte Reiche und forderte zugleich: "Es muss sichergestellt werden, dass die internationalen Rahmenbedingungen zum Schutz der Meere verschärft und konsequenter umgesetzt werden. Die empfindliche Arktis darf nicht allein dem Wettlauf der Rohstoffgewinnung anheimfallen, sondern bedarf verbindlicher, völkerrechtlicher Schutzregeln."
Der Parlamentarische Staatssekretär Rachel sagte dazu: "Die deutsche Meeresforschung ist gut aufgestellt und international hoch anerkannt. Unsere Expertise wird weltweit geschätzt. Um das komplexe System Erde und die Rolle der Meere besser zu verstehen, bedarf es nicht nur hervorragend ausgebildete Wissenschaftler, sondern auch einer leistungsfähigen Infrastruktur. Daher modernisieren wir gerade die deutsche Forschungsflotte."
In seinem Gutachten erinnert der WBGU daran, dass vom Menschen verursacht der Meeresspiegel und die Wassertemperatur steigen und die Versauerung zunimmt. Gleichzeitig sind die Ozeane massiv überfischt und werden als letzte große Ressourcenquelle ausgebeutet.
Beim Erdgipfel Rio gelang es letztes Jahr nicht, verbindlichere Vereinbarungen zum Schutz der Meere zu beschließen. Nach Ansicht der Wissenschaftler sollen daher alle Meereszonen, bis auf die Küstenmeere, als gemeinsames Erbe der Menschheit unter Schutz gestellt werden, so wie das schon heute für den Meeresboden gilt. Der WBGU konkretisiert die Herausforderungen und die Chancen im Umgang mit den Meeren in den Bereichen Fischerei, Energie und für die Arktis. Er gibt konkrete Handlungsempfehlungen und fordert insbesondere, dass die Meeresforschung stärker an der Nachhaltigkeit ausgerichtet wird. Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Meere für die Ernährung und Energiegewinnung der wachsenden Weltbevölkerung sowie ihrer klimaregulierenden Funktionen fordert der WBGU auch eine umfassende Reform des UN-Seerechtsübereinkommens.
Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung ("Erdgipfel von Rio") von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. Der WBGU wird gemeinsam vom BMBF und BMU betreut und finanziert.
Weitere Informationen zum WBGU-Gutachten sind im Internet unter www.wbgu.de verfügbar.
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Hannoversche Straße 28-30
10115 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (0)30/18 57-50 50
Telefax: +49 (0)30/18 57-55 51
Mail: presse@bmbf.bund.de
URL: <http://www.bmbf.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

10115 Berlin

bmbf.de
presse@bmbf.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

10115 Berlin

bmbf.de
presse@bmbf.bund.de

Die Innovationskraft unseres Landes zu stärken, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und die Qualität der Bildung zu erhöhen, das sind die Ziele des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Wir wollen mit innovativen Technologien neue Märkte fördern und Forschung für den Menschen betreiben. Die Menschen in unserem Land sind die wichtigste Zukunftsressource. Es gilt, alle Talente zu fördern und Chancengleichheit zu verwirklichen. Deutschland soll innerhalb von zehn Jahren wieder zu einer der führenden Bildungsnationen werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird seit dem 22. November 2005 von Bundesministerin Dr. Annette Schavan geleitet. Bei ihren Aufgaben unterstützen sie die Parlamentarischen Staatssekretäre Thomas Rachel und Andreas Storm sowie die beamteten Staatssekretäre Michael Thielen und Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer. Das Bundesministerium mit seinen rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist in neun Abteilungen gegliedert.